London

Auszug aus der DAAD-Publikation „Berichte der Außenstellen 2015“

Mai 2016

DAAD
Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service

Droht jetzt doch der „Brexit“?

Dr. Georg Krawietz leitet die Außenstelle London seit 2014. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1952 und hat zurzeit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Vereinigten Königreich bleibt es spannend

Das Jahr 2015 ist das mittlere in der Trias aufeinanderfolgender Jahre mit politisch bedeutenden Abstimmungen im Vereinigten Königreich (UK): 2014 entschieden sich 45 Prozent der Schotten für und 55 Prozent gegen die Unabhängigkeit, im Mai 2015 fand die Wahl zum Unterhaus statt, und 2016 wird das EU-Verbleibsreferendum abgehalten. Wird sich die Bevölkerung nach 43 Jahren für den Abschied aus der Europäischen Union aussprechen? Ende 2015 stehen die Chancen aktuellen Meinungsumfragen zufolge Spitz auf Knopf.

Anstelle eines allgemein vorausgesagten knappen Wahlergebnisses verfügen die Konservativen (Tories) seit Mai 2015 über die absolute Mehrheit im Unterhaus. Mit 330 Mandaten ist die Fraktion fast 100 Mandate stärker als die traditionsreiche Labour Party, obwohl der absolute Stimmenanteil beider Parteien nur um 6,4 Prozent differiert. Möglich wird dies durch das britische Mehrheitswahlrecht. Gewählt ist, wer im jeweiligen Wahlkreis die relativ meisten Stimmen erhält. Darunter litt auch die United Kingdom Independence Party (UKIP). Mit landesweit 12,6 Prozent erzielte sie viermal mehr Stimmen als 2010, stellt in Westminster aber nur einen einzigen Abgeordneten.

2015 war für Labour ein „annus horribilis“. Die Partei verlor die Wahl, weil sie nach Meinung politischer Beobachter mit schwachen Themen und einem ebensolchen Spitzenkandidaten Ed Miliband aufwartete. Prekärer noch wurde es nach dessen Rücktritt, als der – nach deutschem Politikverständnis – „Alt-Linke“ Jeremy Corbyn zum Nachfolger gewählt wurde. Bis zum Jahresende zerfleischte sich Labour in fortlaufenden Richtungskämpfen. Dass Labour unter Corbyn bei der nächsten Parlamentswahl 2020 eine Mehrheitschance hat, gilt als ausgeschlossen.

In Schottland ließ die Scottish National Party (SNP) bei der Wahl die Muskeln spielen und errang 56 von 59 Mandaten. Das gesunde regionale Selbstbewusstsein sehen viele Beobachter als Menetekel für ein zweites Unabhängigkeitsreferendum, falls das UK insgesamt für einen EU-Austritt votiert. Der Appetit auf Selbstständigkeit hat durch den dramatischen Preisverfall für Rohöl, das vor der schottischen Küste gewonnen wird, nachgelassen – gesättigt ist er nicht.

Das EU-Referendum wird vielfach als wichtigste politische Entscheidung seit Generationen erachtet. Im Kampf um die öffentliche Meinung geht es leidenschaftlich zu, die Austrittsbefürworter geben den Ton an. Das Drama um die Schuldenkrise in Griechenland und die Flüchtlingsströme in der zweiten Jahreshälfte haben das Lager der EU-Befürworter nicht verstärkt. Seit dem drohenden „Grexit“ fühlt man sich vollends darin bestätigt, niemals eine Gemeinschaftswährung wie den Euro einzuführen. Nicht mehr Herr des eigenen Geldes sein? Das ist im Land mit der europäischen Kapitale des Finanzkapitalismus eine apokalyptische Vision.

›

UK und EU in trauter Einigkeit: ist das bald Geschichte?

Kampagne „Universities for Europe“

Hochschulen unter ökonomischem Druck

Heftige Debatten vor EU-Referendum

Diskussion um Zufriedenheit der Studierenden

Immer weniger Schüler lernen Deutsch

Britische Wahrzeichen: die Houses of Parliament und Big Ben

Und bedarf es angesichts des in der britischen Presse vielfach als unprofessionell gebrandmarkten Flüchtlingskrisenmanagements noch eines Beweises, dass das europäische Projekt gescheitert ist? „Brexit"? – viele sagen Ja, und das lieber heute als morgen.

Traditionell setzt man sich im UK gerne für wohltätige Zwecke ein. Viele Briten tun es mit großer Energie und thematischer Vielfalt. Umso bemerkenswerter war die überwiegende Zurückhaltung gegenüber dem Flüchtlingsthema, für das sich das politische Establishment in London lange Zeit als schlicht nicht zuständig erklärte. Das Lager in Calais („the jungle") erklärten Teile der Presse zum Brückenkopf von dem UK feindlich gesinnten Invasoren, die versuchten, durch das Aufspringen auf Lkw oder Züge illegal den Kanal zu überwinden. Umgekehrt setzte es herbe Kritik für die französischen Behörden, als der geregelte Zugverkehr deshalb stockte und britische Sommerurlauber nur verzögert den Kontinent erreichten.

Im speziellen Punkt der Flüchtlingskrise hat man in Deutschland offenbar, wie eine deutsche Zeitung die britische Sicht zusammenfasste, „die Nerven verloren". Im kleineren Kreis wird Deutschland zugestanden, moralisch richtig zu handeln, politisch aber unklug, denn im Zeitalter der digitalen Vernetzung befeure die Bekanntgabe offener Türen den Drang nach Europa und beschleunige die Zentrifugalkräfte einer politisch immer uneinigeren Union.

Zahlreiche EU-Austrittsbefürworter sitzen nicht nur in der UKIP, sondern vor allem in Premierminister David Camerons eigener Partei. Selbst Kabinettsmitglieder taten sich bis Jahresende schwer, ein Votum, noch dazu ein positives,

Nur noch 4.000 Oberstufenschüler lernten 2015 an Schulen in England und Wales Deutsch

abzugeben. Potenzielle Nachfolger im Amt des Premiers – Innenministerin Theresa May, Schatzkanzler George Osborne und der schillernde Oberbürgermeister Londons, Boris Johnson – wissen um die Brisanz des Themas: Eine mit Blick auf den Ausgang des Entscheids abgegebene „falsche" Empfehlung kann das Ende der politischen Karriere bedeuten.

In vier Bereichen möchte man „a better deal for the UK". Die Anfang 2016 kritischste Forderung: EU-Bürger sollen erst nach vier Jahren Beschäftigung im Land die gleichen Sozialleistungen beanspruchen dürfen, die für britische Arbeitnehmer ohne zeitliche Befristung gelten. Die Umsetzung dieses Punktes wäre gleichbedeutend mit einer Diskriminierung von EU-Arbeitskräften.

Abgesehen von grundsätzlichen Vorbehalten missfällt die Forderung besonders Staats- und Regierungschefs mittel- und osteuropäischer Staaten, aus denen das Gros der EU-Arbeitsmigranten kommt. Zwischen 2001 und 2012 hat sich die Zahl der Einwohner mit einem mittel- oder osteuropäischen Pass im Land wenigstens verzehnfacht. Polen stellt mit rund 850.000 Staatsangehörigen 29 Prozent aller gut 2,9 Millionen EU-Bürger im UK. Zum zweiten Mal in Folge wurde statistisch ein EU-Übergewicht gegenüber Ausländern anderer Herkunft festgestellt. Dass im Land mehr polnische als zum Beispiel indische Staatsangehörige (2014: gut 790.000) leben, ist vor dem Hintergrund von Empire und Commonwealth nicht selbstverständlich. ›

Fremdspracherwerb an Schulen und Hochschulen

Das Erlernen von Fremdsprachen hat im Land weiterhin einen schweren Stand und wird vielfach als überflüssig erachtet. In der Oberstufe der weiterführenden Schulen in England und Wales belegen nur noch knapp über 4.000 junge Leute Deutsch als Prüfungsfach (minus 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Französisch steht etwas besser da, und Spanisch verzeichnet einen Aufwärtstrend, der in absoluten Zahlen Deutsch erstmalig einholen konnte. Demotivierend wirkten sich hierbei, wie die Leiterkonferenz privater Schulen beklagte, überdurchschnittlich strenge Bewertungsmaßstäbe aus; Eltern und Schüler entschieden sich gegen Fremdsprachen, wenn die Chancen auf gute und sehr guten Noten – wichtig für die anschließende Bewerbung an der Universität – vergleichsweise gering seien. Die Zahl der Schüler, die Deutsch in der britischen Oberstufe belegen, ist unter anderem deshalb relevant, weil sich hieraus potenziell zukünftige Studierende für die German Departments an den britischen Hochschulen gewinnen lassen. Da der Pool in den vergangenen Jahren immer weiter geschrumpft ist, setzt sich dort der Trend zu sogenannten Ab-initio-Kursen fort, für die keine oder nur geringe Vorkenntnisse erforderlich sind. Außerdem sind Kombinationsstudiengänge „German and/with" oder European Studies/Politics eingeführt worden, bei denen üblicherweise eine Fremdsprache Pflicht ist.

In dieser Hinsicht sieht es auf der Nachbarinsel Irland erfreulicher aus. Nicht nur die Haltung zur EU ist dort eine positivere, sondern auch die Einstellung zum Fremdsprachenerwerb. Im irischen Leaving Certificate hatten zuletzt 7.700 junge Leute Deutsch belegt – im Vergleich zu 4.000 Deutsch-Absolventen in England und Wales und bei einer Einwohnerzahl Irlands von 4,6 Millionen gegenüber England und Wales mit etwa 57 Millionen. Alle irischen Universitäten meldeten im Jahr 2015 steigendes Interesse am Fach Deutsch, meist im Bereich von plus 10 bis zu 30 Prozent.

RESEARCH HUB FOR GERMAN STUDIES

An der Universität Cambridge wird ab 2016 der „DAAD – University of Cambridge Research Hub for German Studies“ angesiedelt sein. DAAD-Präsidentin Prof. Margret Wintermantel und der Vice-Chancellor der Universität Cambridge, Prof. Sir Leszek Borysiewiecz, unterzeichneten am Rand des „Global Cambridge: Germany“-Alumnitreffens in Berlin im März die entsprechende Vereinbarung. Das Spektrum der geplanten Aktivitäten bezieht von graduierten Studierenden an alle akademischen Niveaus ein und dient der vertieften Kooperation mit deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den weiteren DAAD-geförderten Zentren für Deutschland- und Europastudien weltweit. Den akademischen Rahmen erweitert die Kooperation mit Verlagen und Presse. Auch Personen des öffentlichen Lebens aus Politik, Kultur und Wirtschaft sollen einbezogen werden.

„Universities for Europe“

Das katastrophale Abschneiden der Liberaldemokraten (LibDem), die bei der Parlamentswahl zwei Drittel an Stimmen und 48 von 56 Sitzen einbüßten, wurde vielfach mit dem Wortbruch bezüglich der Erhöhung der Studiengebühren assoziiert. Im Wahlkampf 2010 hatte LibDem dagegen votiert, um dann als Juniorpartner in der Koalitionsregierung eine Verdreifachung auf in der Regel 9.000 Pfund (knapp 11.500 Euro, Stand 15. März 2016) pro Studienjahr zu akzeptieren. Gab es Wähler, die dieser Partei noch glauben mochten?

Bereits kurz nach der Wahl und dem mit dem Sieg der Tories sicheren Referendum zum EU-Verbleib positionierte sich Universities UK (UUK), die britische Hochschulrektorenkonferenz, die 133 Universitäten vertritt, proeuropäisch und gab den Startschuss zur Kampagne „Universities for Europe“. Keine andere Interessenvertretung in der britischen Öffentlichkeit tat dies so schnell und eindeutig positiv. Überraschend an der Kampagne ist, dass das Argument des finanziellen Nutzens nicht an erster Stelle stand – trotz des überdurchschnittlichen Erfolges britischer Hochschulen in EU-Programmen. Vornan nannte UUK vielmehr die erfolgreiche Kooperation mit europäischen Partnern. Diese Erfolge seien über die britischen Universitäten hinaus für die britische Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt wichtig. Laut UUK weisen etwa britische ERASMUS-Programmteilnehmer ein 50 Prozent verringertes Risiko auf, längerfristig arbeitslos zu sein, und gerade EU-Programme bereiteten junge Briten erfolgreich auf einen globalen Arbeitsmarkt vor.

Entwicklungen im britischen Hochschulbetrieb

Laut einer Studie der Europäischen Universitätsvereinigung (EUA) ist das UK dasjenige EU-Land, welches dem Hochschulbereich in den vergangenen Jahren bei den öffentlichen Ausgaben anteilsmäßig am meisten Geld entzogen hat – charmanterweise zusammen mit Griechenland, dem „Finanz-Paria“ am Südrand Europas. Die Gründe sind indes grundsätzlich andere, denn Wissenschaft und Hochschule sind im UK nationale wie internationale Wirtschaftszweige. Im Prinzip gilt mehr und mehr: Nur was nachgefragt wird, gehört ins akademische Angebot. Darunter leiden Sprachen besonders. Hochschulen werden zunehmend nach ökonomischen Prinzipien geführt. Die Jahresgehälter der Vice-Chancellors im UK sind zuletzt auf durchschnittlich 273.000 Pfund (rund 380.000 Euro, Stand 15. März 2016) gestiegen, und wie in der Wirtschaft sind Pensionszusatzleistungen, Bonus- und Einmalzahlungen üblich.

Nach gesprächsweiser Auskunft von Hochschuladministratoren decken selbst die verdreifachten Gebühren nicht die Realkosten des Studiums. Kompensiert wird das Defizit unter anderem durch erheblich höhere Gebühren, die Non-EU-Internationals zahlen. Sie erbringen im Bachelorstudium wenigstens ein Gebührenplus von

25 Prozent, in sogenannten Laborstudiengängen um die 50 Prozent und im klinischen Bereich nahe 100 Prozent. In diesem Zusammenhang berichtete das Times Higher Education Magazine (THE), im Ende August einsetzenden Clearing für bis dahin nicht vergebene Studienplätze seien deutlich höhere Kontingente als zuvor für diese Zielgruppe reserviert worden.

Laut einer Studie der Higher Education Statistics Agency (HESA) sank die Gesamtstudierendenzahl im akademischen Jahr 2014/2015 gegenüber dem Vorjahr um 1 Prozent. Der Anteil der EU-Studierenden lag mit knapp 124.580 ebenfalls etwa 1 Prozent niedriger. Demgegenüber stieg die Zahl internationaler Studierender von außerhalb der EU um 1 Prozent auf rund 312.000, wobei sie bei Studienanfängern um 3 Prozent zurückging. Im EU-Segment legten Italien, Spanien und Frankreich zu; die Zahlen aus Irland, Griechenland und Zypern fielen um je 5 Prozent, und auch die Zahl im UK studierender Deutscher ging um 3 Prozent zurück. Aus Deutschland kommt mit circa 13.700 Studierenden (knapp 11 Prozent) aber weiterhin die größte EU-Gruppe. Bei den internationalen Studierenden von außerhalb der EU stieg die Zahl derjenigen aus Hongkong, Singapur, Malaysia und den USA. Markante Schwundquoten verzeichnen Pakistan, Indien und Saudi-Arabien. Die VR China stellt mit 28,7 Prozent weiterhin den mit Abstand größten Anteil aller internationalen Studierenden (knapp 90.000).

Die Migrationsdiskussion spart den Hochschulbereich nicht aus. Aus Regierungssicht haben rund 100.000 Universitätsabsolventen daran wesentlichen Anteil, da sie nach Ende des Studiums im Land geblieben sind. Der Diskussion um die Frage des Verbleibs nach dem Studium ist eigentümlich, dass selbst Gebühren einbringende internationale Studierende gelegentlich mit eingerechnet werden. Zukünftig soll die Visavergabe für Studienzwecke strikt von derjenigen für Verbleib/Aufnahme einer Tätigkeit getrennt werden. Absolventen mit Bleibewunsch sollen ein höheres Einkommen nachweisen oder erst ausreisen und vom Heimatland aus ein neues Arbeitsvisum beantragen. Hochschulen, die sich bei der Studienplatzvergabe, die zum Visumsantrag berechtigt, Unregelmäßigkeiten erlauben, wird fallweise mit existenziellen Sanktionen gedroht.

Universitäten und Studierendenvereinigungen kritisieren fortlaufend die Art und Weise der Diskussion und die Vermischung von Zahlen und Daten. Sie verweisen auf den intellektuellen wie ökonomischen Zugewinn, der mit akademischer Zuwanderung verbunden ist. Ferner beklagen sie, die Regierung nehme Studienergebnisse nicht zur Kenntnis, wonach solche Länder bei der Studienortwahl von internationalen Studierenden vorne stehen, die ihnen die Möglichkeit bieten, nach Abschluss des Studiums auch noch im Land Berufserfahrung zu sammeln. Mitte September bestätigte der „International Students Survey 2015 – value and the modern international student“ der ›

PROMOTING GERMAN STUDIES

Seit Ende 2009 fördert das „Promoting German Studies“-Programm (PGS) Projekte zu deutschen Themen. Die Bandbreite ist groß und umfasst aktuell etwa das filmwissenschaftlich ausgerichtete „German Screen Studies Network“ (GSSN), das Projekt „(Not) Made in Germany? – Imagining Germany from the Outside“ und eine Studie zum Vergleich von britischer und deutscher Wohnungsbaupolitik an der Aston University. Um Vielfalt und Relevanz der PGS-Arbeit einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen, richtete der DAAD gemeinsam mit dem Goethe-Institut London im November eine Podiumsdiskussion aus. Sie griff den Projektnamen „Germany from the Outside“ als Titel des Abends auf. Moderator der lebhaften Diskussion war Lord Stephen Green of Hurstpierpoint, früherer Vorstandsvorsitzender der HSBC Bank und Autor des im April 2015 veröffentlichten Buches „Reluctant Meister: How Germany’s Past is Shaping its European Future“. Die Veranstaltung war ausgebucht.

Lord Stephen Green (Mitte) moderierte die Podiumsdiskussion mit (v. l. n. r.) Dr. Nicolas Martin, Dr. Christin Hess, Prof. Sarah Colvin und Dr. Henning Grunwald

Beratungsfirma Hobsons diese Sicht. Danach sind die vorbereiteten Maßnahmen der Attraktivität des Wissenschaftsstandortes UK abträglich, und Mitbewerber wie Frankreich und Deutschland profitieren hiervon.

Der stärkeren Ausrichtung des Wissenschaftsbetriebes auf die Zufriedenheit der Studierenden dient das im November veröffentlichte Green Paper, ein regierungsseitiges Diskussionspapier, zu dem der Hochschulsektor bis Mitte Januar 2016 Stellung nehmen konnte. Zentrales Element ist das „Teaching Excellence Framework“ (TEF). Nur bei nachgewiesener Qualität in der Lehre können Universitäten demnach höhere Regelgebühren gemäß der Inflationsrate erheben.

MARKETINGMASSNAHMEN

Die werbende Information für den Studien- und Forschungsstandort Deutschland gewinnt an Bedeutung. 2015 richtete die Außenstelle acht eigene Messeteilnahmen aus und beteiligte sich an zwei Messen zusammen mit der Bonner DAAD-Zentrale. Es wurde Kontakt zu internationalen Studierenden-Vereinigungen an ausgewählten Universitäten gesucht. Hierbei wie in der digitalen Information, etwa durch „targeted emails“, liegt das Gewicht auf Master- und Promotionsstudierenden. Besonders englischsprachige Angebote in Deutschland sind für britische, irische und die große Gruppe der internationalen Studierenden im Land attraktiv. Deutsche Hochschulen nutzten mehr als in den Vorjahren Kommunikationskanäle der Außenstelle, um ihre akademischen Angebote zu bewerben.

Vanessa Hübner von der Außenstelle London bei der „Naturejobs Career Expo“

Zu lange schon habe, so der neue Hochschulstaatssekretär Jo Johnson, die Lehre gegenüber der Forschung die Rolle der armen Cousine gespielt. Das soll sich ändern.

Das Green Paper hat es auch in institutioneller Hinsicht in sich: Wird es umgesetzt, fiele zukünftig der 1992 gegründete Higher Education Funding Council for England (HEFCE) weg. An seine Stelle träte ein Office for Students (OfS), das auch das Office for Fair Access (OFFA) inkorporieren würde. Die schlichte Bezeichnung der neuen Institution sorgte in Akademikerkreisen für Heiterkeit. Ebenso umstritten ist das Kriterium der „student satisfaction“, die doch bisher schon, wie viele meinen, sehr respektabel sei. Können Studierende wirklich feststellen, ob sie „value for money“ erhalten? Falls ja, zu welchem Zeitpunkt? Während des Studiums oder an dessen Ende? Nach Einsatz der erworbenen Kenntnisse im Beruf – kurz-, mittel- oder langfristig?

Wie stark Deutschland inzwischen als Studien- und Wissenschaftsstandort in Konkurrenz zum UK wahrgenommen wird, zeigte im September die Studie „Keeping up with the Germans?: A comparison of student funding, internationalisation and research in UK and German universities“, herausgegeben vom Higher Education Politics Institute (HEPI). Sie verweist unter anderem auf stark gestiegene Gebühren im UK und deren komplette Abschaffung in Deutschland. Zwar strebe in Deutschland im Vergleich zum UK gemessen an der Gesamtbevölkerung ein geringerer Anteil junger Leute ein Studium an; tendenziell steigende Studierendenzahlen ließen allerdings, so Autor Nick Hillman, auch in Deutschland viele zu der Auffassung gelangen, dass der Sektor strukturell unterfinanziert sei. Positiv vermerkt wird, dass Deutschland eine klare regierungsseitige Konzeption zur Internationalisierung seiner Hochschulen habe. Bei der „outgoing mobility“ lägen Deutsche klar vorne, und Deutschland bilanziere den

volkswirtschaftlichen Nutzen der Ausbildung internationaler Studierender ganzheitlicher, als dies im UK geschehe.

DAAD-Programmarbeit

Neben der Vergabe von Individualstipendien bleibt die Förderung der deutschen Sprache und deutschlandbezogener Themen trotz weiterhin herausfordernder Rahmenbedingungen ein Hauptanliegen der DAAD-Arbeit im UK und Irland.

So unterstützt und beteiligt sich der DAAD an den aktuell neun regionalen „German networks". Sie betonen den Stellenwert des Deutschlernens und das Interesse an Deutschland von der Schule über das Studium bis zu späteren beruflichen Kontexten. Daran sind auch DAAD-Lektoren und -Sprachassistenten rege beteiligt. Höhepunkt der von der Deutschen Botschaft betreuten „Think German Network Initiative" war im November der offizielle Startschuss im britischen Außenministerium, wo der Staatssekretär und vormalige britische Botschafter in Berlin, Sir Simon MacDonald, zusammen mit dem Leiter des British Museum, Neil MacGregor, und dem deutschen Botschafter Peter Ammon die Anwesenden begrüßte. Unter dem Motto „Think German – You already speak it" verwiesen die Redner humorvoll auf die Wichtigkeit der deutschen Sprache. Netzwerkrepräsentanten nahmen die 300 Gäste mit auf eine Reise zu aktuellen Aktivitäten in ihre Region. ›

Die Preisträger des Übersetzungswettbewerbs (v. r. n. l.) Tony Crawford, Richard Marsh, Aubrey Botford, Clara Valentine und Libby Beckett mit Autorin Annett Gröschner

Tabelle 22 : Bildungsmarktdaten Vereinigtes Königreich 2015

Bevölkerungsdaten	
Bevölkerungszahl absolut	**64,09 Mio.**
Bevölkerungszahl 15- bis 24-Jährige	**7,95 Mio.**
Ökonomische Daten	
BIP (2014, in US-Dollar)	**2.988,89**
Wirtschaftswachstum (2014)	**2,90 %**
Inflation (2014)	**1,50 %**
Rang des Landes bei deutschen Exporten	**Rang 3**
Rang des Landes bei Importen nach Deutschland	**Rang 9**
Knowledge Economy Index (KEI) (2012)	**Rang 14**
Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Bildungsausgaben	
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) (in % des BIP)	**k. A.**
Eingeschriebene Studierende	
Anzahl der eingeschriebenen Studierenden (alle Studienstufen, 2013)	**2.386.199**
Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen, 2013)	**56,08 %**
Immatrikulationsquote (2013)	**59,76 %**
Absolventen nach Abschlussarten (2013)	
Bachelor + Master	637.409
PhD	25.896
Forschung (2013)	
Anteil der Forschungsausgaben am BIP	1,63 %
Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	14.972
Internationalisierung und Bildungskooperationen	
Anteil ausländischer Studierender (2013)	**17,46 %**
Ausländische Studierende im Land gesamt nach Herkunftsländern und Rang Deutschland (2013)	
1. China	
2. Indien	
3. Nigeria	
4. USA	
5. Deutschland	
Im Ausland Studierende (2013, Anzahl gesamt)	**27.377**
Im Ausland Studierende (2013, Anteil an Studierenden gesamt)	**1,15 %**
Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland (WS 2014/15)	**2.755**
Die beliebtesten Zielländer für Studierende und Rang Deutschland (2013)	
1. USA	
2. Irland	
3. Frankreich	
4. Australien	
5. Deutschland	

Quellen: Central Intelligence Agency, The World Factbook | DAAD, Statistik | DESTATIS – Statistisches Bundesamt, Wissenschaft weltoffen | The World Bank, Data | UNESCO, Institute for Statistics

D = Geförderte aus Deutschland A = Geförderte aus dem Ausland		Vereinigtes Königreich
I. Individualförderung – gesamt	D A	585 232
1. nach Status		
grundständig Studierende	D A	74 136
Studierende mit erstem Abschluss (Graduierte)	D A	366 73
davon Doktoranden	D A	130 37
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D A	145 23
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D A	105 96
1–6 Monate	D A	90 78
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D A	390 58
II. Projektförderung – gesamt	D A	599 415
1. nach Status		
grundständig Studierende	D A	320 77
Studierende mit erstem Abschluss (Graduierte)	D A	245 156
davon Doktoranden	D A	84 110
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D A	34 182
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D A	297 370
1–6 Monate	D A	203 23
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D A	99 22
III. EU-Mobilitätsförderung – gesamt*	D A	5.464 22
1. nach Status		
grundständig Studierende	D A	3.843
Studierende mit erstem Abschluss (Graduierte)	D A	1.162
davon Doktoranden	D A	17
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D A	459 22
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D A	459 22
1–6 Monate	D A	3.850
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D A	1.155
DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)	D A	6.648 669
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		7.317

Tabelle 23 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2015
nach Herkunfts- / Zielländern und Förderbereichen Vereinigtes Königreich

* Aus technischen Gründen werden für das Hochschuljahr 2014/15 durchgehend vorläufige statistische Daten aus der europäischen Mobilitätsförderung im Programm Erasmus+ aus dem Zeitraum 1.6.2014 bis 31.12.2015 genannt. Nach der Programmumstellung liegen erst im Herbst 2016 endgültige Daten vor.

Dass weiterhin ernsthaftes Interesse an deutscher Sprache, Literatur und Kultur im UK besteht, zeigen jährliche Wettbewerbe. Im Jahr 2015 ging es dabei um das literarische Übersetzen, indem Passagen aus dem Roman „Walpurgistag" der Berliner Autorin Annett Gröschner ins Englische zu übertragen waren. Die Gewinner wurden in vier Kategorien – vom Sekundarschüler über Studierende bis zum professionellen Übersetzer – ermittelt und prämiert. Der DAAD kooperierte, wie bereits im Vorjahr, mit dem Institute of Modern Languages Research (IMLR) der Universität London. Die Resonanz auf den Wettbewerb übertraf mit mehr als 200 Einsendungen die Erwartungen. Die Teilnehmer hatten eine Reihe von Herausforderungen zu meistern, etwa die Frage, wie sich Berliner Mundart, Satzrhythmen und Reime ins Englische übertragen lassen.

„UK-German research powerhouse could be even bigger" titelte das Times Higher Education Magazine (THE) Ende September und berichtete über ein vom DAAD ausgerichtetes Seminar. Auf deutscher Seite nahmen Repräsentanten von elf Universitäten der Hochschulverbünde TU9 und German U15 teil, auf britischer Mitarbeiter von zehn Universitäten der sogenannten Russell Group, dem Zusammenschluss der 24 forschungsstärksten britischen Hochschulen. Zahlen zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen zeigen: an zweiter Stelle der am häufigsten genannten Mitautoren bei Publikationen UK-ansässiger Forscher stehen nach den USA solche aus Deutschland, umgekehrt verhält es sich in aller Regel ebenso. Interesse besteht an einer stärker vernetzten Doktorandenausbildung und an Kurzprogrammen wie Sommer- und Winterschulen. Hieraus können, wie Seminarteilnehmer meinten, Ansatzpunkte für weitergehende Kooperationen entstehen. Am Abschlusspanel wirkten Vertreterinnen deutscher und britischer Forschungsförder- und Hochschulorganisationen mit. Prof. Hans Jürgen Prömel, Präsident der TU Darmstadt und von TU9, moderierte die Runde. «